

Breslauer



Beitung.

Nr. 129.

Sonnabend den 10. Mai

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 7. Mai, Abends 8 Uhr. In den Büreaux fand eine lebhaft debattirte Sitzung der Subsidien für Montevideo statt. — Fallou hat sich dahin erklärt, daß von Seiten der Legation eine gewisse Zurückhaltung über die Prolongationsfrage beobachtet werden müsse. — In der Legislations wurde eine Interpellation des Berges über Mißbrauch des Grenobler Belagerungszustandes auf Montag vertagt. — Eine Proposition Chappots wegen Petitions-Unterzeichner wurde ebenfalls vertagt. Der Antrag Rabauts wegen Abschaffung der Arbeitsbücher wird wahrscheinlich verworfen werden.

Brüssel, 7. Mai. Der Wittwe Louis Philipps ist für heute Mittag die Ankunft ihres Sohnes, des Prinzen Joinsville, angemeldet worden.

London, 7. Mai. Im Unterhause hat der Antrag des Lord Rast, die Steuer auf irischen Branntwein abzuändern, 159 Stimmen für und eben so viel gegen sich. In dem Speaker zu jenen tritt, wird der Antrag gegen das Ministerium angenommen.

Paris, 7. Mai, Nachmittags 5 Uhr. 3 pEt. 56, 05. 5 pEt. 90, 35.

London, 6. Mai, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Consois 96 1/2 — 1/8.

Frankfurt a. M., 8. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 40%.

Turin, 5. Mai. Große Truppenmanöver im Beisein des Königs.

Florenz, 5. Mai. Der Minister Baldasseroni ist hier eingetroffen. Er bringt die Nachricht, daß der Eisenbahnvertrag zu Rom am 1. d. von den Ministern Desjardins, Roms, Toscana, Modena und Parma unterfertigt worden sei. Die Ratifikation wird ehestens nachfolgt.

Triest, 8. Mai. Silber 30 1/2 — 31 1/4. London 12, 52.

Uebersicht.

Breslau, 9. Mai. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer beschäftigte man sich zunächst mit Petitionen. Dann wurde der Gesetzentwurf in Betreff der Mit-Eigentümer eines Werkes nach den Beschlüssen der zweiten Kammer angenommen. Die Angelegenheit der überschüssigen Typhuswaisen wurde ebenfalls nach den Beschlüssen der ersten Kammer erledigt. — In der zweiten Kammer wurde trotz der entschiedensten Opposition der Eilen der Gesetzentwurf in Bezug auf den Belagerungszustand fast unverändert nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen. — In beiden Kammern wurde eine königl. Kabinetts-Ordnung vorgelesen, welche auf Freitag den 9. Mai die Schlußsitzung anordnet.

Gestern fanden sehr viele Audienzen bei Sr. Majestät dem Könige in Charlottenburg statt. Später hielt der Ministerpräsident Vortrag. Graf Alvensleben wird Ende dieser Woche und der Ministerpräsident v. Manteuffel künftige Woche nach Dresden sich begeben. Graf Alvensleben rath den entschiedensten Widerspruch gegen die österreichischen Pläne an. Nach der Nat.-Ztg. dürfte Fürst Schwarzenberg bei der Dresdener Schlußkonferenz nicht erscheinen.

Zu dem am 31. Mai stattfindenden Enthüllung des Friedrichs-Denkmal in Berlin sollen sämtliche preussische Regimenter Deputationen entsenden. In Berlin rüft man bereits zu der Reise nach Warschau, welche Sr. Majestät der König am 1sten d. M. antreten soll. Auch der Kaiser von Oesterreich wird dort erscheinen. Diese Zusammenkunft dürfte trotz der Verstärkung der Kreuz-Zeitung dennoch von den gewöhnlichen politischen Folgen sein.

Es soll sicher sein, daß sich gewisse Großmächte ernstlich mit einer Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Frankreich beschäftigen.

Unter Posener Korrespondent läßt sich über das Unzulängliche der Unterrichts-Anstalten im Großherzogthum Posen vernehmen.

Die Finanzverhältnisse des deutschen Bundes sind in solcher Verwirrung, daß der Bundestag sich unermüdlich mit ihnen zuerst beschäftigen müssen. Für Schleswig-Holstein und Kurpfalz ist allein eine Creditanleihe von 40 Millionen Gulden angedacht. Die meisten laufenden Matricular-Beiträge sind nicht eingezahlt, für die deutsche Flotte fehlen noch die Beiträge von 24 Regierungen.

Der in Hamburg verhaftete ungarische Graf Benedek ist in Kassel den Oesterreichern entlassen. — Der Kurfürst wird ein Bad besuchen, und während dem sollen die neuen provisorischen Gesetze proklamirt werden.

In München macht eine Ehrenjagd zwischen den Offizieren des 1. Kürassier-Regiments und dem General Fürst Thurn und Taxis mobil.

Seitens Oldenburg ist Ministerialrath v. Eisenacher zum Bundestagsgeandten ernannt. — In Oldenburg dauert die Ministerkrise noch immer fort.

Da Herr Detmold nicht hannoverscher Bundestagsgeandter geworden ist, will er jetzt in Hainssung Dienste treten. — Die reaktionären Bestrebungen der Ritterschaft in Hannover nehmen ihren Fortgang.

Gegen 1100 schleswig-holsteinische Militärs sind nach Brasilien ausgewandert.

Von den schrecklichen Bebrüdungen seitens der Dänen in Schleswig führen wir unter dem Artikel „Riel“ wieder mehrere Beispiele an. — An die schleswiger Abreise des Herrn v. Zillisch nach Kopenhagen werden Vermuthungen über einen Zwist im dänischen Ministerium geknüpft, deren Befähigung abzuwarten sein dürfte. — In Schleswig ist eine neue Gerichtsorganisation im Werke, wonach die Verwaltung der Justiz vier Kreisgerichten übertragen werden soll.

Der dänische Gesandte v. Pechlin hat in außerordentlicher Mission am 1. Mai eine Audienz bei dem Kaiser von Rußland in Petersburg gehabt.

Die französische Königsfamilie hat am 3. Mai dem Prinzen von Preußen zu London einen Besuch abgeleistet. — In Paris sind gegen den General Changarnier Enthüllungen gemacht worden, die ihn stark kompromittiren.

Die legitimistische Partei ist so konfus gemacht worden, daß sie nicht weiß, was sie thun soll. — Die Arbeiter werden fortwährend von den Sozialisten bearbeitet.

Ueber die Insurrektion in Portugal berichten wir heute Weiteres.

Eine Mittheilung von der Schweizer Grenze giebt andere Ursachen für die Anhäufung von österreichischen Truppen im Süden der Schweiz an als nur Vernichtung des Schmuggelhandels.

Preussen. Kammer-Verhandlungen. Erste Kammer.

Sechshundfünzigste Sitzung vom 8. Mai.

Präsident: Graf Rittberg.

Eröffnung 11 1/4 Uhr.

Am Ministerische: v. Manteuffel, Simons.

Verschiedene Petitionen werden der Regierung überwiesen, andere durch einfache Tagesordnung erledigt.

Die Kommission, welche den Bericht über den Gesetzentwurf, die Verhältnisse der Mit-Eigentümer eines Bergwerks etc. betreffend, erstattet hat, beantragt die unveränderte Annahme des Gesetzes in der Fassung der zweiten Kammer. Der Antrag wird angenommen.

Der Ministerpräsident verliest eine königliche Botschaft, nach welcher die Kammern morgen Nachmittags 2 Uhr geschlossen werden sollen und legt dieselbe auf den Tisch des Hauses nieder.

In Betreff des Gesetzentwurfes, betreffend die Unterhaltung etc. der schlesischen Typhuswaisen, tritt das Haus ebenfalls den Beschlüssen des ersten bei.

Auch in Hinsicht auf die Abänderungen der zweiten Kammer an dem Preßgesetz empfiehlt die Kommission die Annahme derselben. Die Abg. Straß und Witt erklären sich in ausführlicher Rede gegen das Preßgesetz überhand.

Nach Schluß der Debatte werden die Amendements, welche Rißler und Witt gestellt, abgelehnt und der Gesetzentwurf ohne spezielle Diskussion nach den Beschlüssen der zweiten Kammer angenommen.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Zweite Kammer.

Fünfundfiebzigste Sitzung vom 8. Mai.

Präsident: Graf v. Schwerin.

Eröffnung: nach 11 Uhr.

Der Ministerpräsident theilt die königliche Botschaft mit, welche die Schließung der gegenwärtigen Session verordnet und die Kammer zu dem Schließungsakt auf morgen Mittag 2 Uhr in den weißen Saal einladet.

Das von der ersten Kammer beschlossene Gesetz über den Belagerungszustand steht auf der Tagesordnung. Die Kommission empfiehlt dessen Annahme. Weseler und Graf Dyhrn entwickeln die Gründe der Minorität gegen das Gesetz. Graf Dyhrn weist namentlich auf die von der ersten Kammer beschlossene Verwerfung des Minister-Verantwortlichkeits-Gesetzes als auf einen Umstand hin, der geeignet sei, auch der zweiten Kammer einige Selbstständigkeit in Bezug auf Vorlagen des anderen Hauses zu empfehlen. Wengel, v. Winke, v. Auerwald sprechen sich in gleichem Sinne aus. Die wesentlichen Bestimmungen werden jedoch ohne Namensaufruf mit 143 gegen 117, 143 gegen 113 und 139 gegen 134 Stimmen, und endlich wird das Gesetz im Ganzen unverändert angenommen.

Endlich kamen Vorschläge der Central-Budgetkommission in Betreff der der Staatschulden-Kommission zu ertheilenden Decharge zur Diskussion und Erledigung.

(Schluß 3 Uhr.)

Berlin, 8. Mai. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Obergerichtspräsidenten v. Dieß, und den bisherigen Landraths- und Amts-Verweser Rumschöldt zu Landräthen zu ernennen; so wie dem Domänen- und Rentmeister Rauscher zu Braunsberg den Charakter als Domänen-Rath zu verleihen.

Se. Hoheit der Herzog Joseph von Sachsen-Altenburg ist von Hannover kommend, im Schlosse zu Charlottenburg eingetroffen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 103ter königl. Klassen-Lotterie fielen 3 Gewinne zu 2000 Rthl. auf Nr. 38,407, 62,550 und 69,636 in Berlin bei Seger, nach Danzig bei Meyer und nach Thorn bei Krupinski; 35 Gewinne zu 1000 Rthl. auf Nr. 2210, 2979, 3199, 3605, 4851, 5913, 7015, 13,069, 14,733, 14,780, 17,282, 18,879, 18,985, 24,469, 28,714, 30,648, 30,897, 31,531, 31,629, 33,527, 36,204, 39,885, 41,999, 47,640, 54,524, 58,358, 62,502, 69,375, 70,120, 72,446, 72,739, 76,278, 76,622, 79,582 und 79,656 in Berlin 2mal bei Burg, bei Dittmann, bei Grad und 2mal bei Seger, nach Breslau bei Schöge und bei Schreiber, Koblenz bei Gevenich, Köln bei Kraus, Danzig bei Rogoll, Düsseldorf bei Spag, Glatz bei Braun, Halberstadt bei Gutzmann, Halle bei Lehmann, Königsberg i. Pr. bei Herz, Magdeburg 2mal bei Koch, Münster bei Lohn, Neumarkt bei Wiese, Paderborn bei Paderstein, Posen bei Wielefeld, Siegen bei Hees, Stettin bei Schowlow und 2mal bei Wilsnach und auf 6 nicht abgesetzte Loose; 47 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 2421, 5003, 5487, 6272, 9631, 12,081, 12,773, 13,176, 13,909, 14,177, 14,645, 15,866, 17,007, 18,536, 19,598, 20,364, 20,371, 24,054, 26,821, 28,598, 30,397, 31,135, 31,849, 33,816, 39,945, 43,466, 47,134, 47,533, 52,255, 53,828, 53,933, 54,745, 56,209, 56,710, 57,182, 57,876, 63,368, 64,261, 64,663, 66,420, 68,773, 69,282, 71,327, 71,488, 75,191, 78,607 und 78,726 in Berlin bei Kron-jun., bei Borchard, 2mal bei Burg, bei Dittmann und 2mal bei Seger, nach Barmen bei Holzschuh, Breslau bei Froboß und 2mal bei Schreiber, Koblenz bei Gevenich, Köln 2mal bei Kraus und bei Schreiber, Krefeld bei Meyer, Düsseldorf 2mal bei Spag, Eisenburg bei Kriesewetter, Eberfeld bei Heymer, Erfurt bei Trö-

ster, Halle bei Lehmann, Königsberg i. Pr. 2mal bei Heyger und 2mal bei Samter; Liegnitz bei Schwarz, Magdeburg bei Koch, Merseburg bei Kieselbach, Meisse 2mal bei Jäkel, Nordhausen bei Bach, Sagan bei Wieselthal, Salzwedel bei Pflugschütz, Stettin bei Wilsnach und auf 3 nicht abgesetzte Loose; 50 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 6401, 10,246, 10,930, 10,995, 11,284, 13,029, 15,896, 16,221, 19,507, 20,328, 20,897, 23,433, 24,234, 27,299, 30,692, 36,256, 36,777, 37,697, 39,601, 40,228, 40,733, 41,308, 42,604, 43,126, 43,913, 44,357, 44,576, 45,798, 48,182, 49,351, 49,397, 51,036, 51,509, 52,859, 54,231, 55,369, 56,384, 59,616, 60,892, 61,748, 63,794, 64,469, 65,826, 66,173, 68,396, 75,186, 77,480, 78,737, 79,527, 79,879.

Angekommen: Se. Durchl. der Fürst Heinrich LXXIV. zu Reuß-Schleiz-Köstritz, von Schwerin. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, v. Wigleben, von Magdeburg. — Abgereist: Se. Durchlucht der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, nach Hamburg.

Berlin, 7. Mai. [Tagesbericht.] Graf Alvensleben verhandelt ziemlich lebhaft und häufig mit dem Ministerpräsidenten. Er verbleibt noch bis Ende dieser Woche hier, kehrt dann nach Dresden zurück und am nächsten Mittwoch begiebt sich auch Herr v. Manteuffel dorthin, um der letzten Plenar-Sitzung beizuwohnen. Trotzdem es in dieser Sitzung noch einmal zu einer Berathung über die sämtlichen wichtigen vorliegenden Fragen kommen soll, glaubt man hier gewiß, daß ein Beschluß darüber nicht werde zu Stande gebracht werden, in dem Graf Alvensleben die Nothwendigkeit eines apodiktischen Widerpruchs gegen die österreichischen Pläne hier nochmals in das Klare Licht zu stellen sich bemüht hat, und ihm darin an höchster Stelle wesentlich beigegeben wird.

Zwei Beschlüsse der zweiten Kammer beim Preßgesetz, die in der vorgestrigen Sitzung gefaßt wurden, verdienen vornehmlich hervorgehoben zu werden. Der eine betrifft die Bestimmung des § 29, welche eine Präklusivfrist von 8 Tagen festsetzt, bis wohin spätestens von Seiten des Gerichts über die Aufhebung einer polizeilichen Beschlagnahme oder über die Einstellung der wirklichen Untersuchung ein definitiver Beschluß gefaßt sein muß; eine Bestimmung, welche, gegenüber dem jetzt hier gewöhnlich eingehaltenen Verfahren, von der größten Wichtigkeit ist. Der zweite Beschluß betrifft die mit einer Majorität von freilich nur 6 Stimmen (126 gegen 120) nicht anerkannten Dringlichkeit der Preß-Verordnung vom 5. Juni 1850. Es ist dies das erste Mal, daß die Kammer die Gesetzmäßigkeit einer Dekretirung des jetzigen Ministeriums nicht anerkannt hat, und es involvirt dieser Beschluß eine arge Niederlage des Ministeriums, da hiermit ausgesprochen wird, daß es keine verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten habe; er bedeutet dasselbe, was etwa in England eine verweirte Indemnität-Bill besagen würde. Daß ein solcher Beschluß aber bei uns ohne jede Wirkung, ohne Nulität purlos vorübergeht, bekundet nur zu deutlich, wie wenig bisher noch die konstitutionellen Grundsätze unser Staatsleben durchdrungen haben.

Es ist der Befehl von hier aus ergangen, zu der am 31. Mai stattfindenden Enthüllungsfest des Denkmals Friedrichs des Großen Deputationen von sämtlichen Regiments- und preussischen Armeekorps hierher abzuordnen. Auch an sämtliche deutsche Höfe sollen Einladungen zu einer Theilnahme an dieser Feier ergangen sein.

Die Hierherkunft des neuen brennburger Ministers v. Schöge, der bis Ende dieser Woche hier verweilen wird, soll mit wichtigen Umgestaltungen in den anhaltinischen Herzogthümern zusammenhängen, indem man an eine erstliche Ausmerzung der in den dortigen Verfassungs-Verhältnissen befindlichen demokratischen Elemente denkt.

Herr v. Wismar-Schönhausen wohnte gestern Abends zum ersten Male in seiner Eigenschaft als Beigeordneter des Bundestags-Vertrandes einer Ministerial-Sitzung in Betreff der deutschen Angelegenheit bei.

Berlin, 8. Mai. [Tagesbericht.] Nach einer von Seiten der preussischen Gesandtschaft in Wien hier eingegangenen positiven Benachrichtigung ist es jetzt als gewiß anzusehen, daß sich auch der Kaiser von Oesterreich um die Mitte dieses Monats nach Warschau begiebt. Alles dies läßt schließen, daß es dort zu wichtigen politischen Besprechungen kommen wird, was denn auch schon aus der Begleitung der verschiedenen Herrscher durch ihre beizugehenden Minister (auch der russische Staatskaiser Graf Neffelsode wird dort anwesend sein) hervorgehen scheint. Genießt wenigstens entbehrt diesmal die Nachricht der „Neuen Preussischen Zeitung“, daß das Ganze eine Familien-Zusammenkunft bilden solle, des Grundes.

Die Nachrichten über die Verabredungen der nordischen Großmächte in Beziehung auf die Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Frankreich treten in so bestimmter Form hervor und kommen aus derartigen Kreisen, daß ich alle Ursache habe, dieselben bereits für mehr als bloße vage Gerüchte oder generelle Pläne zu halten, wiewohl man aus leicht erklärlichen Gründen noch Anstand nehmen muß, die darüber umlaufenden Details mitzutheilen, da natürlich Ablehnungen der ministeriellen Blätter nicht auf sich warten lassen. Oder sollten vielleicht auch diese Pläne erst bei den Berathungen in Warschau ihre genaue Formulierung erhalten?

Oesterreichische oder doch von Wien aus inspirirte Blätter, wie namentlich der Lloyd und die Augsb. Allg. Ztg. zählen gegenwärtig 5 Punkte auf, in welchen die österreichische Regierung noch bei der Schlußsitzung in Dresden bestimmte Beschlüsse werde herbeizuführen suchen. (s. gestr. Ztg.) Diese 5 Punkte sind aber so umfaffender Art, daß eine Erledigung derselben in dem von den erwähnten Blättern angegebenen Sinne die ganze gegenwärtige Verfassung Deutschlands umwerfen würde. Ich kann deshalb nur widerholentlich vor dem Glauben an diese gerade durch ihre Spezialisierung in scheinbar glaubwürdiger Form hervortretenden Nachrichten warnen, da man hier wenigstens dieselben Umänderungen bestimmten Widerstand entgegenzusetzen fest entschlossen ist, in welchem Entschlusse auch namentlich die letzten Berathungen zwischen Herrn v. Manteuffel, Graf Alvensleben und den neu ernannten preussischen Vertretern

für den Bundestag befaßt haben. Seine Punkte enthalten also nichts weiter als eine Darlegung der österreichischen Wünsche.

In der heutigen Mittagsstunde war eine Menge Audienzen beim Könige in Charlottenburg: um 12 Uhr empfing derselbe zunächst die neue Bundestagsgeandtschaft, den General v. Roschow und den geh. Legationsrath v. Bismark-Schönhäusen; dann um 1 Uhr den neuen spanischen Gesandten, Marquis v. Benalua, behufs Uebergabe seiner Creditive; ferner um 2 Uhr den Ministerpräsidenten Manteuffel zu einem längeren Vortrag und zum Schluß war dann zu Ehren des Königs von Hannover großes Gala-Diner.

(Nat.-Ztg.) Von gut unterrichteter Stelle bringen wir im Gegensatz gegen alle bisher darüber verbreiteten Nachrichten in Erfahrung, daß Fürst Schwarzenberg neuerdings die Absicht zu erkennen gegeben hat, seinerseits nicht zum Schluß der Dresdener Konferenzen persönlich erscheinen zu wollen, diesen Schluß vielmehr durch eine Circular-Depesche herbeizuführen. Als Grund soll eine Mißstimmung über das Auftreten der kleineren Staaten in der letzten Zeit, dem gegenüber er bei einem persönlichen Erscheinen sich nicht passiv verhalten können, ziemlich deutlich angegeben sein. In wiefern dies auf die Reisepläne des Herrn v. Manteuffel zurückwirken werde, haben wir noch nicht gehört.

Der Frankfurter Korrespondent der „N. M. Z.“ nennt den General v. Brandt als eins der preussischen Mitglieder der zu bildenden Bundes-Militär-Kommission.

(Const. Z.) Die heutige Morgennummer (213) der Constitutionellen Zeitung ist zum ersten Male sammt den Typen, polizeilich in Beschlag genommen worden.

Der Handelsminister wird am 13. d. M., zur Besichtigung der Bergwerke, eine Reise nach Westfalen und der Rheinprovinz antreten. „Bei der genauen Kenntniß des Handelsministers vom Bergwerkswesen, bemerkt die Spen. Ztg., dürfte diese Reise für den genannten Zweck seiner Verwaltung von ersprießlichen Folgen sein.“

(C. B.) Nach der heutigen Mittheilung des Staatsministeriums in den Kammern hat der Ministerpräsident durch königl. Ordre den Auftrag erhalten, morgen Mittag 2 Uhr im königlichen Schlosse die Sitzungen der Kammern zu schließen.

Wir hören als bestimmt, daß die Kasselschen Angelegenheiten nicht sogleich nach erfolgtem Zusammentritt des Bundestags werden erörtert werden. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit wird ebenfalls noch eine geraume Zeit nicht auf der Tagesordnung der Bundeseversammlung erscheinen. Darüber — wenigstens die Ergebnisse der Verhandlungen der Notablen-Versammlung abzuwarten — scheint man sich mehrfach geneigt zu haben.

[Robertus und Kirchmann.] Von Herrn Robertus ist so eben der dritte seiner „Socialen Briefe an von Kirchmann“ hier (in der Allgem. deutschen Verlags-Anstalt) erschienen. Derselbe enthält den Versuch einer Widerlegung der Ricardoschen Lehre von der Grundrente und die Begründung einer neuen Rententheorie. Die Veranlassung zu dieser Kritik einer der wichtigsten und fast mit dem Ansehen eines Dogmas behafteten nationalökonomischen Lehre hat Robertus aus verschiedenen Auffassungen seines Freundes Kirchmann in den von dem letzteren herausgegebenen „Demokratischen Blättern“ entnommen. Kirchmann hatte die Grundrente in sozialer Beziehung erörtert und den Gegenstand dann in zwei weiteren Abhandlungen: „die Taufgesellschaft“ und „der Kapitalismus“ behandelt. Robertus weist von seinem Freunde hauptsächlich darin ab, daß er die zunehmende Produktivität der landwirthschaftlichen Arbeiten behauptet und die fortwährende Preisverhöhung ihrer Produkte, so weit er sie zugehen kann, aus anderen Gründen ab, als Kirchmann, der sie aus der von ihm behaupteten Unproduktivität aller landwirthschaftlichen Arbeiten erklärt. In Folge dieser Abweichung befinden sich beide Schriftsteller auch hinsichtlich ihrer Meinungen über die Entstehung des Pauperismus im Gegensatz, welchen Kirchmann aus der „Vertheuerung der Einkommensgüter der leidenden Klassen“ herleitet. Robertus bezeichnet als den Grundgedanken seiner Theorie: daß in einem sich selbst überlassenen Werke die arbeitenden Klassen von den Früchten der zunehmenden Produktivität der Arbeit ausgeschlossen sind, und daß die Heilung der Gesellschaft von den Leiden, die hieraus entspringen, nur in der Remedirung dieses Umstandes, in der Gewährung der Theilnahme an jenen steigenden Früchten gefunden werden könne. Dieser Kampf auf dem Boden der Theorie zwischen beiden durch die Ereignisse aus den Grenzen der praktischen Staatskunst verdrängten Männern, hat nicht nur wegen der Wichtigkeit der behandelten Fragen, sondern auch wegen der nicht gewöhnlichen Begabung der beiden Gegner den begründetsten Anspruch auf die allgemeinste Beachtung. (C. B.)

* **Posen, 6. Mai.** [Mit den Unterrichts-Anstalten steht es bei uns noch sehr mangelhaft.] Außer einer Anzahl städtischer Elementarschulen, in denen der ertheilte Unterricht für den künftigen einfaches Handwerker selbst nicht genügt, besitzen wir nur eine sogenannte Stadtschule, welche die Stelle einer höheren Bürgerschule vertreten muß, allein auch sie erhebt sich nur wenig über die Elementarschulen, indem sie nur die dem gewöhnlichen Handwerker nöthigsten Vorkenntnisse lehrt und daher höchstens als eine Vorbereitungsstufe für eine höhere Bürgerschule oder Realschule genügen könnte. Zwischen dieser Schule und dem deutschen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, existirt keine Zwischenstufe. Die frühere Bürgerschule wurde wegen ihrer unzureichenden Organisation und ihrer ungenügenden Leistungen wenig besucht und ist aufgehoben worden, die dagegen projektierte Realschule ist noch nicht eingerichtet, weil weder der Staat noch die Stadt Fonds für solchen Zweck besitzt. So ist denn eine Bevölkerung von mehr als 40,000 Einwohnern mit dem mehr als die Elementarkenntnisse betreffenden Unterricht ausschließlich auf die beiden Gymnasien angewiesen. Wir übergehen die Unzulänglichkeit, der nicht für den Gelehrtenstand, sondern für das bürgerliche Geschäftsleben bestimmten Anstalten, den Gymnasialkursus durchlaufen zu lassen, besonders da als Nothbehelf zwei höhere Realklassen bei beiden Gymnasien errichtet sind und man auch mit dem deutschen Fr.-Wilh.-Gymnasium eine Vorbereitungsschule verbunden hat, in welche Knaben aufgenommen wer-

den, welche die ersten Elementarkenntnisse mitbringen; aber wenn nun einmal jeder ohne Ausnahme auf dieselben angewiesen sein und bleiben soll, so darf man wenigstens fordern, daß ihre Benutzung auch allgemein möglich gemacht werde. Das ist nicht der Fall, sondern nur der sehr Wohlhabende kann dies, weil das Schulgeld zu hoch angesetzt ist; es beträgt dies nämlich schon vom Eintritt in die unterste Klasse der Vorbereitungsschule des Fr.-Wilh.-Gymnasiums ab, außer dem Eintrittsgelde von 1 Thlr., viertertheil 4 1/2 Thlr., also 18 Thlr. jährlich. Das ist für den weniger wohlhabenden Bürger, gering besoldeten Beamten, oder den Vater einer zahlreichen Familie unerträglich und es muß darauf Verzicht leisten, seinen Söhnen einen dem heutigen Bildungsstande entsprechenden Unterricht, ohne den sie in keinem Fache des bürgerlichen Lebens es zu etwas Tüchtigem bringen können, zu Theil werden zu lassen. Ueberdies ist es auch vom allgemeinen Standpunkte aus sehr unpolitisch und auch ungerecht, die Familienväter allein zur Erhaltung der Schulen heranzuziehen, denn wenn dieselben auch das nächste Interesse für gute Erziehung und geistige Ausbildung der Kinder zu haben scheinen, so ist der Staat doch im Allgemeinen vielmehr dabei interessiert und die Konsequenzen folgen daraus von selbst; jedenfalls aber müssen die Einwohner Posen dringend fordern, daß, so lange nicht auf andere Weise den Bedürfnissen des Jugendunterrichts entsprochen ist, das Schulgeld namentlich beim deutschen Gymnasium und der damit verbundenen Vorbereitungsschule bedeutend herabgesetzt und auch wohl stufenweise nach den höheren Klassen normirt werde. Die Klagen über das jetzige Verhältniß sind groß und allgemein.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 6. Mai. [Bundestag.] Wir erfahren, daß eine baldige Regulierung der Finanzverwaltung des Deutschen Bundes dringend noch thut, indem zahlreiche Matricularrückstände mit den verschiedenartigsten Gegenforderungen sich kreuzen. Der Krieg in Norddeutschland, der leider so frühzeitig endete, so daß die Bundeserhebungen in Hessen und Schlesien etwa 40 Millionen Fl.; die Liquidationskommission wird lange Zeit brauchen, bis den verschiedenen Ansprüchen und Entschädigungen die gebührende Rechnung getragen werden kann. Die Matricularbeiträge sind zwar immer regelmäßig ausgeschrieben, aber theils gar nicht, theils mit Vorbehalten eingezahlt worden. Um den dringenden Forderungen zu genügen, hat man andere Fonds zu Hülfen nehmen müssen; dadurch aber sind die Rechnungsschwierigkeiten beträchtlich vermehrt worden. Wohl hat die Bundescentralkommission wiederholt auf Ordnung des Bundeshaushalts gedrungen und zur Erfüllung der Bundespflichten dringend aufgefordert; der Rückstand mit den Beiträgen hatte zur Folge, daß man die obersten Dotationsmittel für die Festungen Mainz und Luxemburg an dem Bedürfnisse zuwenden mußte. Hinsichtlich der deutschen Flotte sind 24 deutsche Regierungen im Rückstand; die Hoffnungen für den Fortbestand der deutschen Flotte sind sehr gering. (D. A. Z.)

München, 6. Mai. [Militärische Ehrenfache.] Durch den Erlaß mehrerer Ordonanzen, die tief in die Privatverhältnisse der Soldaten eingriffen, hat sich der „Pacifator von Kuchelstein“ fürstlich Paris, schon ziemlich verhasst gemacht. Ein Vorfall bei der Inspektion des 1ten Kürassier-Regiments veranlaßte nun auch das gesamte Offizierscorps dieses Regiments, gegen ihren Armeekorps-Kommandanten aufzutreten. Der fürstliche äußerte sich nämlich ziemlich heftig vor der Front des Regiments: Alle Offiziere, vom Obersten abwärts, sitzen schlecht zu Pferde und gerade so, wie in den Kaffeehäusern, wenn man die „Reuten Nachrichten“ (ein beliebtes Lokalblatt) liest. Einstimmig verlangte das Offizierscorps Satisfaction, indem es die Ausrufung des Armeekorps-Kommandanten dem Feldmarschall Prinzen Karl durch eine Deputation zur Anzeige bringen ließ. Diese Sache kommt nun vor ein Ehrengericht, denn; da der Feldmarschall eine der höchsten Stellen in der Armee einnimmt, auf Grund der Vorschriften für das bayerische Heer, der König als oberster Kriegsherr präsidiren muß. Ein ähnlicher Fall hat seit dem Jahre 1822 nicht mehr stattgefunden. Es ist damals der verstorbenen Feldmarschall Fürst von Weide und König Ludwig, der noch Kronprinz war, in Konflikt gerathen. Das durch König Mar. I. präsidirte Ehrengericht entschied sich gegen letzteren. Dieses konnte König Ludwig dem Feldmarschall lange nicht verzeihen und wollte denselben bekanntlich sogar nach seiner Thronbesteigung quiesciren, was jedoch Oesterreich, das dem Fürsten Weide viel zu verdanken hatte, verhinderte.

Einer ganz neuen Anordnung zufolge haben 2 Batterien der hiesigen Artillerie ihre Pferde komplett zu halten und die bereits beschlossenen Verkäufe einzustellen.

Kassel, 5. Mai. [Flucht des Grafen Benedek.] Der bekannte ungarische Graf Benedek, der neulich in Hamburg wieder verhaftet wurde, kam am 1. Mai auf seiner ungewöhnlichen Reise nach Oesterreich hier an, und wurde, da er sich unwohl fühlte, auf das Landkrankenhaus gebracht. Hier erhielt er auf seinen Wunsch, indem er nicht auf dem allgemeinen Krankeusale bleiben wollte, eine von den Krankenzellen, welche für Seelstärker bestimmt sind. In voriger Nacht nun ist er durch das Kamin entflohen. Heute Mittag sind zwei Genarmen zu Pferde ihm nach. Ueber die von ihm eingeschlagene Richtung ist natürlich mit Sicherheit nichts bekannt. In allen Kreisen unterhält man sich heute von diesem Ereignisse und wünscht, daß dem Grafen seine Flucht gelingen möge.

Nach der auf den 20. Mai anberaumten Vermählung seiner Tochter will der Kurfürst auf längere Zeit ins Bad gehen. Während seiner Abwesenheit sollen die neuen provisorischen Gesetze publizirt werden. Auch an einer neuen Umbildung der inneren Landesverwaltung wird gearbeitet. (D. A. Z.)

Deßau, 5. Mai. [Die deutschen Kordaren] verschwanden am 23. April, am Morgen des Vermählungstages des Herzogs von Nassau mit der Prinzessin Adelheid von den Helmen unseres Militärs.

Oldenburg, 6. Mai. [Beschickung des Bundestages.] Der Vorstand des Ministeriums des Auswärtigen, Ministerialrath v. Eisdendorfer, bisher der Bevollmächtigte Oldenburgs bei den Dresdener Konferenzen, ist zum Bundestagsgesandten bestimmt und wird schon sehr bald nach Frankfurt oder zunächst nach Dresden abgehen. Ueber die Bildung eines neuen Ministeriums läßt sich noch nichts Gewisses oder auch nur Wahrscheinliches mittheilen. (Wes. Z.)

Hannover, 8. Mai. [Verschiedenes.] Der von mehreren Tagesblättern gemeldete Berufung des bisherigen Bundestagsgesandten, Ritter Detmold, in das Kabinet der Außenpolitik wurde, wie uns glaubhaft versichert wird, Seitens der hiesigen Regierung kein Hinderniß entgegengestellt werden. Auch nimmt man als gewiß an, daß die Genehmigung des Detmold'schen Demissionsgesuches die Minister einer Interpellation in den Kammern nicht aussetzen würde.

Das Ausbleiben der Berliner Post an diesem Morgen ist dadurch verursacht, daß in Schöppenstedt die Lokomotive des Bahnzuges aus den Schienen gerathen ist und, wie wir hören, im Bahnhofe daselbst einige Zerstörungen verursacht hat, durch welche die Weiterbeförderung längere Zeit verhindert wurde, ohne daß indessen irgend ein weiterer Unfall zu beklagen ist. (Hann. Z.)

Stade, 5. Mai. [Die Ritterschaft.] Am 3. d. M. war hier wiederum die Provinziallandtagung versammelt. Die Ritter beantragten, zur Durchsetzung ihrer früher, hinsichtlich der großen Grundbesitzer beizulegenden korporativen Rechte, gestifteten eine Deputation an den König zu senden, eventuell sich an den Bund zu wenden. — Alle bürgerlichen

Vertreter erklärten sich natürlich hiergegen und verließen, nachdem sie ihren Protest zu Protokoll gegeben, die Versammlung; sie beschloßen sodann, eine Deputation im entgegengelegten Sinne an den König zu schicken, und wurden hierzu gewählt: Bürgermeister Neubourg, Advokat Matthäi und Gutbesitzer Schacht.

Vor einigen Tagen ist auch das dritte und letzte der nach Brasilien bestimmten Schiffe, der Kaiser Goetheffrey, bei Brunsbüttel vorbeigefahren. Es fand damit im Ganzen gegen 1100 Schleswig-Holsteiner abgekehrt. — Da die meisten der mit Auswanderern besetzten Schiffe bei Brunsbüttel erst einige Tage liegen bleiben — bis hierher können nämlich auch die größten Schiffe ohne Rücksicht auf Ebbe und Fluth kommen, — so ist dieser Hafenplatz jetzt sehr belebt. Vor Kurzem sprachen wir daselbst auch den bekannten schleswig-holsteinischen Marineleutnant Lang, der seiner Zeit den „von der Tann“ in die Luft presste. Eine imposante Persönlichkeit. Er besetzte sich nach Valparaiso. (3. f. N.)

Kiel, 4. Mai. Einem Vermittlert der schleswig-holsteinischen Arme wurden am dem adeligen Gute Uhlenhorst 25 Stodpräge zuerkannt, weil er seine alte Soldatenmütze getragen habe. Der so schmählich Behandelte ist jetzt auf dem Wege nach Amerika. Zwei andere Vermittlert der schleswig-holsteinischen Armee, auf einem Besitzthum nahe bei Flensburg engagirt, um das Geld zu bestellen, ergüßten sich mit der dänischen gestimmten Woge des Hauses, indem einer von ihnen sie „Hannemann“ nennt. Auf die desfallsige Anzeige werden ohne weitere Untersuchung, von einer inkompetenten Behörde sogar, diese Vermittlert sofort ausgewiesen. Ein Prediger, dem sein Amt entzogen, kam neulich zurück. Ihm wurde es nicht verstatet, sein eigenes Kind zu taufen! In einem Kirchspiele in Angeln wird, wie uns gestern versichert ward, jedes Haus mit 4 Mann besetzt, welches nicht Sonntags zwei Personen in die Kirche schickt, damit sie die dänische Predigt, die Niemand versteht, mit anhören. Nicht uninteressant ist folgender Fall. Die nach Kierseinde auf Föhnen und nach Rudskipping auf Laaland weggeschleppten Schleswiger, resp. 22 und 30 und einige an der Zahl, sind jetzt von dort ohne Reisegeld entlassen, indem ihnen in der ihnen mitgetheilten Erklärung zu erkennen gegeben worden ist, daß sie sich hinbegibt könnten, wohin sie wollten, nur noch nicht nach dem Herzogthume Schleswig. Viele von ihnen sind hier angekommen. Nur der Rechenmann Nissen aus Tolk ist noch freiwillig dort geblieben, weil gesagt worden sei, daß die, welche dort blieben, wohl noch früher nach Hause kommen würden, als die, welche fortgegangen. Anfanglich wurden Einige von ihnen sehr schlecht behandelt und von der dänischen Bevölkerung mit großem Mißtrauen betrachtet. Man sah in diesen Weggeführten große Verbrecher, weil Eins jenseitig Wochen lang in unheimlichen Diebstählen eingeschlossen wurde. So z. B. der Schiffer Paul aus Cappel; derselbe wurde, weil er im Oktober v. J. dreißig flüchtige Schleswiger bei Holtenau wegen der Verschaffenheit seines Schiffes und des Wetters ausreisen mußte, obwohl sein Schiff auf Lübeck dirigirt war, sofort nach seiner Rückkehr inhaftirt und über Schleswig nach Dänemark gebracht. (H. C.)

Kiel, 7. Mai. Im dänischen Lager herrscht große Bewegung. General Krogh ist nach Flensburg zurückgekehrt, hat sofort eine Konferenz mit Herrn v. Zillisch gehabt und ist letzterer darauf schleunigst nach Kopenhagen gegangen. So besetzt eine gestern hier eingetroffene Nachricht. Zugleich mündete es, daß in Folge der neuesten Raten Preußens, Oesterreichs und Rußlands der in der Stille schon lange vorhandene Zwiespalt im dänischen Ministerium offen herorgetreten, daß namentlich die Stellung der Herren Madow und Clausen sehr precar, und daß Herr v. Zillisch plötzlich nach Kopenhagen gereist sei, um die Fortsetzung der bisher zurückgelassenen Herzogthums Schleswig besorgten Politik bei Sr. Majestät durchzusetzen. Im Uebrigen geht die Revolution von oben her nach wie vor in Schleswig ihren unausgesetzten Gang fort; alle Verhältnisse werden nach und nach umgestaltet, und man wird das Herzogthum kaum wieder erkennen, wenn es dereinst gelingt, den Schritten der Revolution Stillstand zu gebieten. Jetzt sind es vornehmlich die gerichtlichen Einrichtungen, die der Umgestaltung unterliegen. (H. Nachr.)

Oesterreich.

Wien, 8. Mai. Fürst Schwarzenberg wird sich am 15. d. M. in Dresden zur Beschließung der freien Konferenzen einstellen. Ein kleiner Hader über den Tag der Schließung war dieser Feststellung vorangegangen. Preußen, das die Resultatlosigkeit und das baldige Ende der Konferenzen wünscht, hatte zuerst den 5., dann den 12. Mai vorgeschlagen. Fürst Schwarzenberg bestimmte seinerseits den 15. Mai und beharrte auf dieser Bestimmung, als Graf Buol in Dresden deshalb in Wien noch einmal anfragte.

N. B. Wien, 8. Mai. [Tagessbericht.] Die zur Lösung der Finanzfrage in den Reichsrath berufenen Vertrauensmänner hatten gestern eine Vorberatung. Diese Kommission besteht aus den Herren Rothschild, Sina, Benedetti, Graf Larisch und Graf Dersowitz. Der erste Vorschlag Wiens, Herr Schaub, lehnte den Antrag zum Beitritt zur Finanzkommission damit ab, daß er wohl das Geschäft mit Staatspapieren verstände, jedoch in Finanzangelegenheiten sich kein hinreichendes Urtheil zutraue. Ueber die Anträge dieser Finanzkommission zirkuliren natürlicherweise die verschiedensten Gerüchte. Aus glaubwürdiger Quelle wird berichtet, daß man Folgendes vorschlagen werde: 1) Die Aufnahme eines Anlehens von 100 Millionen in Silbermünze, welches ausschließlich zur Konsolidierung der Bank verwendet werden soll. Die Bank, deren Silberfonds jetzt 40 Millionen beträgt, würde denselben dadurch auf 140 Millionen erhöhen und bis zur Ausgabe eines dreifachen Betrages in Noten ermächtigt werden. 2) Auf der Staat sich verpflichten, kein Papiergeld mehr zu emittiren, um so weniger, da der Vorschlag des Finanzministers die Einnahmen und Ausgaben so im Gleichgewicht darstellt, daß weder das Bedürfnis eines neuen Anlehens, noch eine weitere Emission von Papiergeld daraus hervorhege. — Was das Anlehen von 100 Mill. anbelangt, so soll man die Schwierigkeiten des Gelingens schon so aufgefaßt haben, daß man die Ansprüche bis auf 40 Millionen ermäßigte. Im Uebrigen ist die Kommission lediglich als eine Sache der enquete zu betrachten. Unter den ihr vorgelegten Fragen gehört zuerst jene, ob eine schnelle oder allmähliche Einwirkung auf die Valutaverhältnisse wünschenswerth sei. Der Finanzminister selbst scheint sich für letzteren Ansicht zu geneigen.

Erzherzog Albrecht, gegenwärtig Landesmilitärkommandant in Böhmen, verläßt diesen Posten, um in einem andern Kronlande ein Militärfeldkommando zu übernehmen. Als Nachfolger des Erzherzogs bezieht man den FML. Grafen Clam-Gallas.

Das Gerücht, daß die gesammte Aristokratie den Antrag zum Eintritt in den Reichsrath abgelehnt habe, reduziert sich nur auf zwei Persönlichkeiten, den Fürsten L. und den Grafen P., welche sich unaufgefordert dahin äußerten, daß sie den Eintritt in dieses Institut mit ihren Grundsätzen unvereinbar halten.

Der Graf Chambord wird in diesen Tagen in Großdorf erwartet. Dort trägt man sich mit großen Hoffnungen, welche sich in der nächsten Zukunft verwirklichen sollen. Man schmeichelt sich, daß der ganze Süden von Frankreich und selbst die besitzende Klasse im Norden für Heinrich V. gestimmt ist und daß selbst außerhalb der französischen Grenze für diesen Kandidaten der Legitimität an sehr einflussreichen und mächtigen Orten nicht allein bloß Sympathien und Wünsche in Bereitschaft gehalten werden. So viel ist gewiß, die Rührigkeit der legitimistischen Partei ist nie so groß gewesen, als jetzt, weshalb auch die französische Regierung ihr mehr als die gewöhnliche Aufmerksamkeit zuwenden.

Die neuesten Nachrichten aus Agram befinden sich über die Verfassung desselben im Namen Sr. Excellenz des Baron abzugeben. In der Begleitung des Herrn F. M. L. befinden sich die Herren: Oberst v. Robie, Major Wagner und Hauptmann Mundel vom G.-A.-M.-Stabe; dann Hauptmann Kovacevic.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. [Enthüllungen. — Die Legitimisten. — Vermischtes.] Girardin hat eine neue Bombe unter das Publikum geschleudert. Er beschuldigt den General Changarnier: Mittelpunkt eines Komplottes gewesen zu sein, welches Mitte Juni 1848 den General Cavaignac an die Stelle der Exekutiv-Kommission gebracht hätte. Beweis dafür wäre eine damals in Alger publizirte Depesche aus Paris, welche acht Tage vor der Zeit die Substituierung des Triumvirats Marast, Berger und Cavaignac, an Stelle der Exekutiv-Kommission, ankündigte.

Damals hätte man ihn, Herrn v. Girardin, eingesperrt, weil man eine Enthüllung der Anzettelung fürchtete. Auch beschuldigt er den General Changarnier, daß dieser sich im März gegen Herrn Ledru Rollin erhoben habe, mit 12,000 Mann nach England zu gehen, um dieses Land zu revolutioniren und dort die Republik zu proklamiren.

Der Reiz der ersten Girardin'schen Anschuldigung liegt in der Insinuation: daß Changarnier und seine Freunde den Juni-Aufstand angezettelt und zur Explosion gebracht haben, um sich nach Befriedigung desselben die Herrschaft zu sichern.

Eine schwere, die „Ordnungs-Partei“ gewaltig kompromittirende Insinuation, welche wohl nicht unbeantwortet bleiben kann.

Uebrigens gehört Muth dazu, um, wie Hr. Girardin, es mit allen Parteien zu verderben. Denn daß er es durch Reproduktion der berichtigten Bülletins mit den Demo-Soc's auf immer verderben hat, steht fest. Uebrigens geht aus der Publikation der Londoner Flüchtlinge hervor, daß sie mit den Brannbrieffen des Widerstands-Komitee's vollkommen einverstanden sind.

Ueber die in Marseille vorgenommenen Verhaftungen hört man, daß die Zahl derselben sich auf 22 erhebt. Die Polizei hat dabei so geschickt agirt, daß sie die Verschworenen auf der That erappte, d. h. in dem Augenblicke, als eben einem neuen Meute der Eid abgenommen werden sollte.

Während die Demagogen die Arbeiterbevölkerung bearbeiten, so z. B. in Paris durch eine mit wahrhaft erschreckendem Talent geschriebene Tragödie „Der Tod Jesu, soziale Tragödie“ in 5 Akten und in Versen von dem Bürger Xavier Sauriac“, verzeteln die übrigen Parteien ihre Zeit mit Erfindung unmöglicher Lösungen, mit Fusions-Plänen und zweideutigen Manövern.

So z. B. wird die Stellung der Legitimisten immer haltungsloser. Man glaubt, Hr. v. Fallour habe endlich den bestimmten Feldzugs-Plan aus Venedig herüber gebracht und wie es hieß, wären die ihm übergebenen Instruktionen jeder Verlängerung der Präsidentenwahl entschieden abhold. Am endlich darüber ins Klare zu kommen, haben sich zwei höchst achtbare Mitglieder der legitimistischen Partei, die Herren Laboulle und Mettement, nach Angers verlegt, um mit dem dort weilenden Herrn v. Fallour Rücksprache zu nehmen. Da hätte sich's denn zu ihrem Erstaunen herausgestellt, daß Hr. v. Fallour der legitimistischen Partei nichts anderes anzurathen habe, als — sich weiter für, noch gegen die Prorogation zu erklären. Das ist unsterklich die schlechteste Position, welche die Legitimisten einnehmen können, um so schlechter, als sie gerade sich wegen ihres Bruchstums, wegen ihrer klaren Prinzipien bei jeder Gelegenheit in die Brust werfen.

Dem Präsidenten kommt diese Situation natürlich sehr zu staten.

Die Delegirten der drei großen parlamentarischen Fraktionen der moderirten Partei fahren übrigens fort, fleißig mit einander zu konferiren, und wenn sie sich auch immer noch nicht über die Revisionsfrage einigen können, so sind sie wenigstens in dem Punkte einverstanden, daß das Wahlgesetz vom 31. Mai um jeden Preis aufrecht zu erhalten sei!

Die Legislative beschäftigt sich heute mit den Supplementar-Krediten. Am Anfang der Sitzung verlangte und erhielt, Leon Faucher die Dringlichkeit für seinen Antrag, betreffend die Verlängerung der Amtsführung der Generalräthe u. s. w. bis zur Promulgation eines organischen Gesetzes über die Departements-Verwaltung.

Großbritannien.

London, 5. Mai. Die Gräfin von Newilly, der Herzog und die Herzogin von Nemours und der Prinz von Leinster haben vorgestern dem Prinzen von Preußen, der im Buckinghampalast wohnt, einen Besuch gemacht.

Es waren niemals so viel Truppen in Woolwich als jetzt. Am 29. Mai wird aus Anlaß des Geburtstages der Königin eine Revue stattfinden. Dies soll eine der bemerkenswerthesten Feste für das Militär werden, die man in England gekannt habe.

London, 5. Mai. [Unterhaltung.] Auf der Tagesordnung steht die Comités-Debatte über die Einkommen-Steuer. Lord Russell nimmt das Wort, um sich über die Art und Weise auszusprechen, in welcher die Regierung diese, so wie ihre anderen Finanzmaßregeln zur Ausführung bringen will. Das ehrenwerthe Mitglied für Montrose (Hume) habe am Freitag erklärt, daß er seine Motion um deshalb einbringe, weil er es für eine Sache der Billigkeit halte, daß die Untersuchung Platz greife, wie die Steuer der Billigkeit gemäß zu vertheilen, und demgemäß in eine dauernde zu verwandeln sei. — Er, Russell, sei auch heute nicht der Ansicht, daß man deshalb die Dauer der Bewilligung habe verkürzen müssen; man hätte erst das Prinzip annehmen und dann die Untersuchung folgen lassen sollen. Das Haus habe anders entschieden und jetzt sei es Sache der Regierung, darauf zu achten, daß die Staats-Einkünfte gesichert würden. Sie könne nicht glauben, daß man durch Beschränkung der Steuer auf ein Jahr den öffentlichen Kredit habe erschüttern wollen; er könne daher auch nicht annehmen, daß man das Prinzip der Steuer habe in Frage stellen wollen, er glaube vielmehr, daß eine Ansicht, welche sich mit den von Pitt und Peel allzeit geltend gemachten Ideen im Widerspruch befände, eine Prüfung erheische und schlage daher eine Untersuchung vor, aber eine solche, welche von den kompetentesten Mitgliedern der Kammer geleitet würde.

Es bliebe noch eine andere Erwägung übrig, ob wir nämlich, nachdem uns die Einkommensteuer nur auf ein Jahr bewilligt worden, den von uns vorgelegten Finanzplan aufrecht erhalten könnten.

Dabei sei man daran erinnert worden, daß das Haus einen auf verhältnißmäßige Verminderung der Einkommensteuer je nach der Höhe des Einnahme-Überschusses abzielenden Antrag verworfen, dagegen die Abschaffung der Fenstersteuer und eine Erhebung derselben durch eine Miethsteuer angenommen habe, ebenso wie die Regierung Vorschläge bezüglich des Zolls von Kasse und Waibols.

Das sind aber die von uns auszuführenden Finanz-Maßregeln und es ist natürlich, daß man nicht wieder auf die Fenstersteuer zurückkommen könne, welche veracoischer Natur ist; daher auch nicht wünsche, daß die Einkommensteuer Angeichts der herbeizuführenden Untersuchung eine Modifikation erleide.

Er schließt, indem er sich für eine Untersuchung erklärt, wenn das Jahres-Einkommen unverändert bliebe.

Hume ist mit dem edlen Lord einverstanden. D'Israeli hofft, daß die Minister das Amendement des Obersten Sibtop, welches auf eine Gleichstellung der Pächtersteuer abzielt, beherzigen möchte. Sibtop zieht seine Motion zurück, nachdem der Schatzkanzler sich in Uebereinstimmung mit Russell dahin erklärt hat, daß man sich darüber erst bei Diskussion des Prinzips darüber erklären könne.

Der Antrag Russells wird angenommen und die Comités-Sitzung für den Kredit beginnt.

Russell spricht sich über die Absichten der Regierung bezüglich der Beamten-Gehalte aus und nimmt mehr von der Kommission in Antrag gebrachte Ermäßigungen an, sowie er in die Verschmelzung verschiedener Ministerial-Bureaus und Stellen willigt. Dagegen weist er auf die angetragene Gehalts-Ermäßigung des Sekretärs von poor-law-board zurück, schlägt aber vor, den Gehalt des Parlaments-Sekretärs um 1000 Pfund zu ermäßigen. Ueberhaupt könne die Regierung keine der von der Kommission in Antrag gebrachten Modifikationen bezüglich der richterlichen und diplomatischen Gehälter annehmen. Diese Erklärung führt eine Debatte herbei, wobei sich Cobden, Palmerston und Gime betheiligen.

Hierauf diskutiert das Haus als Comitee den Marine-Kredit und vertagt sich um 12 1/4 Uhr.

Portugal.

Die Insurrektion Saldanha's. Wie ergänzen unsere gestrigen, der englischen Presse entlehnten Mittheilungen durch die Nachrichten, welche heute die französischen Blätter über die Zustände Portugals enthalten.

Sie haben u. a. Mittheilungen aus Porto vom 27. April. Saldanha war nur in Begleitung zweier Adjutanten, der Herren Kineux und Salvador de Franco, dorthin gekommen und hatte in kurzer Zeit 14 Meilen des schrecklichen Weges zurückgelegt, um die Stadt zu erreichen. Unterhalb Meilen von der Stadt erfuhr er, daß er auf die Einverständnisse, welche er dort unterhielt, nicht so unbedingt rechnen könne und er sich im Interesse seiner persönlichen Sicherheit vertheidigen müsse. Seine Ueberfischung und sein Unwillen stiegen auf Höchste. Graf Casal, der Gouverneur, hatte Kunde von den Saldanha'schen Unternehmungen und ließ daher den Kommandanten der Municipalgarde, Sobral, so wie einige Sergeanten des 9. Chasseur-Regiments beschaffen. Hierauf zahlte er den Soldaten einen vierzehntägigen Sold aus. Dies war unvorsichtig, denn sobald die Soldaten Geld hatten, fingen sie an zu trinken.

Ihre Aufregung wuchs damit von Stunde zu Stunde und gegen 10 Uhr Abends erklärten sich die Chasseurs vom 9. und die Mannschaften vom 2. Infanterie-Regiment in der Kaserne des h. Dvidio für die Insurrektion. Der Oberst vom 2. Regiment wurde bei dieser Gelegenheit durch einen Mordanschlag, welcher eigentlich seinem Major gelten sollte, getödtet. Hierauf bezog sich Graf Casal an die Spitze des 6. Infanterie- und 6ten Kavallerie-Regiments und ertheilte dem Oberst Moniz vom 6ten Bataillon, die Soldaten, welche vor der Kaserne standen, Saldanha hoch leben lassen und in die Luft schossen, anzugreifen.

Der Oberst Moniz weigerte sich, den Befehl auszuführen, indem er Aufschub bis zum andern Tage verlangte; ein höherer Kavallerie-Offizier, welcher jetzt denselben Befehl erhielt, weigerte sich gleichfalls; hierauf gab Graf Casal seinem Pferde die Sporen und ritt, von seinem Adjutanten begleitet, davon, in der Richtung von Viana, ohne daß man weiter etwas von ihm erfuhr. Oberst Moniz führte sein Bataillon nach seiner Kaserne zurück. Bald darauf ließ auch dieses den Ruf: es lebe Saldanha! hören und schickte Abtheilungen nach den Gefängnissen, um die Verhafteten zu befreien.

Am andern Morgen war die Stadt ruhig, als ob gar nichts vorgefallen wäre. Salvador de Franco, einer von Saldanha's Adjutanten, stellte sich an die Spitze der insurgirten Truppen; Kineux suchte den Oberst Moniz auf. Die Behörden waren nur noch darüber in Unruhe, weil sie nicht wußten, wo Saldanha geblieben war. Eine interimistische Militärkommission ward ernannt, um die Geschäfte bis zu seiner Ankunft zu leiten. Man erfuhr indes bald darauf aus Braga, daß ein ihm nachgefolgter Courier ihn auf dem Wege nach Galizien eingeholt habe. Er war auf dessen Einladung nach Braga zurückgekehrt, dessen Befragung sich für ihn erklärte. Am 27. kam er nach Porto. Die Bevölkerung ging ihm zwei Meilen weit entgegen und empfing ihn mit Jubel.

Aus Lissabon erfährt man, daß die Königin Donna Maria in der Ordennanz, womit sie das Entlassungsgesuch des Grafen Thomar annahm, ihre Zufriedenheit mit den von ihm geleisteten Diensten nachdrücklich hervorgehoben habe. Der Herzog von Terceira wurde in Lissabon erwartet und man sagte, er würde sein Ministerium aus folgenden Personen zusammenstellen: Präsident und Krieg: Herzog von Terceira; Inneres: Duarte Lestaa; Justiz: Bischof von Viseu; Finanzen: Baron Chancelheiro; Marine: Kalcas; Auswärtiges: Viconte de Castro.

Graf Thomar will die Londoner Ausstellung besuchen. Bei seiner Ankunft in Vigo war er sehr niedergeschlagen und erklärte Jedem, der es hören wollte, daß er ein ganz armer Mann sei.

Schweden.

Von der Schwedischen Regierung, 30. April. [Die österr. Truppenanzahlung] an der brennenden Grenze verhält sich bekanntlich unter dem Vorwande, dem Schmuggel zu steuern. Man sei, daß man damit etwas erreicht; wie glauben aber nicht daran, wenn wir zunächst einen politischen Grund hinter dieser so auffällig gewordenen Maßregel erblicken. Es ist Wiens bekannt, daß in Capo di Lago eine Druckerei sich befindet, aus der zahlreiche Werke hervorgegangen sind und hervorgehen, in denen Oesterreich eben kein Loblied gesungen wird. Vor Allem sind es die italienischen Schriften, und unter diesen namentlich eine Sammlung von 8000 Altenschriften, die in Venedig nach der Vertreibung der Oesterreicher aus dieser Stadt aus den Archiven genommen und in Capo di Lago nun gedruckt werden. Man behauptet nun, daß es zunächst auf dieses verwerbliche Druckereibeschäft abgesehen sei, und meint, es würde sich mit der doch wohl ein Vorwand finden lassen, um sich der Druckerei ihrer Manuskripte zu bemächtigen. (F. Z.)

Russland.

St. Petersburg, 1. Mai. Das Journal de St. Petersburg meldet, daß der Baron v. Pechlin, mit einer außerordentlichen Mission des Königs von Dänemark betraut, am 28. v. M. vom Kaiser empfangen worden sei.

Italien.

Rom, 2. Mai. [Sicherheits-Maßregeln.] Das französische Besatzungs-Corps entwickelt eine unermüdete Thätigkeit in der Befestigung und Sicherung aller militärischen Positionen. Die Befestigungswerke der Engelsburg so wie von Civitavecchia werden fortwährend im guten Stande zu erhalten gesucht. Man bemerkt in den diesfälligen Maßregeln einen festesten Zusammenhang und das Bestreben, einem eventuellen Aufstande auf Grundlage eines geeigneten Vertheidigungssystems zu begegnen. Unterrichtete meinen, daß es hierbei auf die nöthige Vorsicht abgesehen sei, womit der französische Kommandant allen möglichen Eventualitäten die Spitze zu bieten gesonnen ist. Die bekannte Gräfin Spaur, Gemahlin des königl. bairischen Gesandten, befaßt sich mit der Abfassung von Memoiren, welche die im Jahre 1849 erfolgte Flucht des Papstes von Rom gegenwärtig haben. Tief eingeweiht in alle Geheimnisse

alle Maschinen, metallenen Zapfen etc. Die Kühlung und Ausdauer
ist so groß, daß man in einem damit geschnittenen Wagen einen Weg
60 Meilen zurücklegen kann, ehe ein frisches Einschmieren nöthig ist.
in 1 und 2 Pfund. Schachteln, a Pfd. 9 Gr., nur allein ächt in Bres-
lau bei
E. G. Schwarz, Dhlauerstraße Nr. 21.

alle Maschinen, metallenen Zapfen etc. Die Kühlung und Ausdauer
ist so groß, daß man in einem damit geschnittenen Wagen einen Weg
60 Meilen zurücklegen kann, ehe ein frisches Einschmieren nöthig ist.
in 1 und 2 Pfund. Schachteln, a Pfd. 9 Gr., nur allein ächt in Bres-
lau bei
E. G. Schwarz, Dhlauerstraße Nr. 21.

